

Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – ein Überblick¹

Richard Hauser

1 Zur Einführung

Die personelle Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland ist ein seit vielen Jahren vernachlässigtes Forschungsfeld². Auch die Politik interessierte sich wenig für die Entwicklung der gesamten personellen Verteilung, wenn auch viele Einzelmaßnahmen im Bereich der Beschäftigungspolitik, der Familienpolitik, der Rentenpolitik und der Agrarpolitik – um nur einige Bereiche zu nennen – gerade wegen ihrer verteilungsmäßigen Auswirkungen häufig sehr kontrovers diskutiert wurden. Erst der im Jahr 2001 erstattete Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat die Aufmerksamkeit stärker auf die Entwicklung der personellen Verteilung von Einkommen und Vermögen und insbesondere auf die Veränderungen am unteren und oberen Rand gelenkt.³

Für die Analyse der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung stehen verschiedene statistische Datenquellen zur Verfügung:

- Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes (EVS), die seit 1962 alle fünf Jahre erhoben werden.⁴
- Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), eine wissenschaftstragende Stichprobe, bei der seit 1984 jährlich dieselben Haushalte befragt werden; sie ist beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin angesiedelt.⁵
- Der jährlich erhobene Mikrozensus (MZ) des Statistischen Bundesamtes, der seit den 50er Jahren durchgeführt wird.⁶
- Das Europäische Haushaltspanel (ECHP), das 1994 unter der Regie des Europäischen Statistischen Amtes (Eurostat) begonnen und 2001 beendet wurde.⁷
- Die in dreijährigem Abstand erstellte Einkommensteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes.⁸
- Die Vermögensteuerstatistik, die letztmals 1995 erstellt wurde, aber mit der Aussetzung der Vermögensteuer weggefallen ist.⁹

- Die 25-%-Stichprobe der Sozialhilfeempfänger, die beim Statistischen Bundesamt verfügbar ist.¹⁰

Alle diese statistischen Datenbasen sind neuerdings unter bestimmten Bedingungen für wissenschaftliche Analysen in Form von Einzeldaten zugänglich. Jede dieser Datenquellen weist jedoch Einschränkungen auf, sei es, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen sind, sei es, dass bestimmte Einkommens- oder Vermögensarten nicht erfasst werden. Bei einigen prinzipiell einbezogenen Einkommens- und Vermögenskategorien gibt es überdies eine beträchtliche Untererfassung oder einen weit unter dem Verkehrswert liegenden Wertansatz. Daher ist die Forschung gegenwärtig noch darauf angewiesen, das Bild der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung mosaikartig zusammensetzen, wobei aber einige weiße Flecken verbleiben.

Im Folgenden stützen wir uns auf die Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1973 bis 1998¹¹, die mehrere Einschränkungen in Bezug auf den erfassten Personenkreis aufweisen:

- Die in Einrichtungen lebende Bevölkerung ist ausgeschlossen.
- Haushalte mit sehr hohem Nettoeinkommen werden nicht erfasst; im Jahr 1998 waren dies Haushalte mit einem Nettoeinkommen von mehr als 35 000 DM pro Monat.¹²
- Wohnungslose Personen sind nicht in der Stichprobe enthalten.
- Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand wurden erst ab 1993 erfasst; da die Erfassung der Ausländer schwierig war, dürften die weniger integrierten, erst seit kurzem anwesenden Ausländer stark unterrepräsentiert sein.

Außerdem sind Vermögenseinkommen und Einkommen von Selbstständigen und Landwirten weit weniger gut erfasst als Lohn- und Transfereinkommen.¹³ Vermögensbestände sind nur teil-

Einkommens- und Verbrauchsstichproben als Datenbasis

weise und nur in einigen Stichjahren erfragt worden.¹⁴

Als Beginn unserer Untersuchungsperiode wählen wir das Jahr 1973, das letzte Jahr, in dem noch Vollbeschäftigung im echten Wortsinn herrschte. Ab Ende 1974 begann dann der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der – so wird in der Öffentlichkeit häufig vermutet – zu einer beträchtlichen Zunahme der Ungleichheit der personellen Verteilung von Einkommen und Vermögen führte. Diese plausible Hypothese, die durch Einzelbeobachtungen und Hinweise auf gesetzliche Einschränkungen in Bereich der sozialen Sicherung noch gestützt wird, werden wir im Folgenden überprüfen.

Als Erstes betrachten wir die Verteilung von drei zusammengefassten Bruttomarkteinkommenskategorien auf die jeweiligen Bezieher. In einem zweiten Schritt wenden wir uns der Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte und Personen zu. In einem dritten Schritt ermitteln wir dann die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen, die über die Verteilung der ökonomischen Wohlfahrt Auskunft gibt. Einige Ergebnisse über die Ungleichheit der Vermögensverteilung bilden den Abschluss.

2 Die Verteilung der Bruttomarkteinkommen auf die Bezieher

Bei Verteilungsanalysen richtet sich der Blick letztlich auf die personelle Verteilung der wirtschaftlichen Wohlfahrt. Als Indikatoren der wirtschaftlichen Wohlfahrt dienen dabei das *Nettoäquivalenzeinkommen der Personen* und das *Nettovermögen der Haushalte*. Die Verteilung dieser nachfolgend näher erläuterten Indikatoren ergibt sich aus einem mehrstufigen Prozess, den man schrittweise verfolgen muss. Die Ausgangsbasis bildet die Verteilung der Bruttomarkteinkommen auf die jeweiligen Bezieher. Dabei kann man die Markteinkommenskategorien „Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit“¹⁵, „Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit“ und „Bruttoeinkommen aus Vermögen“ unterscheiden. Zu den Einkommen aus Vermögen zählen dabei auch die geschätzten Mietwerte der eigengenutzten Eigentümerwohnungen und Häuser. Die jeweiligen Bezieherkreise unterscheiden sich, da es Personen gibt, die nur eine Einkommensart erhalten, und andere, die mehrere Einkom-

mensarten beziehen, und schließlich Personen ohne jegliches Markteinkommen.

In Abbildung 1 sind die Änderungen in der personellen Verteilung der drei Bruttomarkteinkommenskategorien auf die jeweiligen Bezieher durch die Werte des Gini-Koeffizienten als Verteilungsmaß charakterisiert. Der Gini-Koeffizient weist bei völliger Gleichverteilung den Wert von 0 % und bei extremer Konzentration des gesamten Einkommens auf eine Person den Wert von 100 % auf. Je höher der Gini-Koeffizient liegt, desto ungleichmäßiger ist also die Verteilung. Im linken Teil wird die Verteilung unter den Beziehern innerhalb der *deutschen Bevölkerung* in Westdeutschland von 1973 bis 1998 dargestellt. Der rechte Teil der Abbildung bezieht sich auf den Zeitraum nach der Wiedervereinigung mit den Stichjahren 1993 und 1998, wobei die Bezieher innerhalb der *gesamten Wohnbevölkerung* erfasst wurden. Angesichts der immer noch bestehenden Unterschiede im Lohnniveau werden die beiden Landesteile zunächst getrennt betrachtet.

Es überrascht kaum, dass die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit weit weniger ungleich verteilt sind als die beiden anderen Einkommenskategorien. Diese Unterschiede würden sich noch stärker zeigen, wenn keine Untererfassung der Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und der Einkommen aus Vermögensbesitz vorläge und wenn die oberste Einkommensgruppe, bei der diese beiden Einkommensarten dominieren¹⁶, nicht aus den Stichproben ausgeschlossen wäre.

Betrachtet man nunmehr die Entwicklung der Ungleichheit im Zeitverlauf, so erkennt man in Westdeutschland von 1973 bis 1998 einen leichten, aber kontinuierlichen Anstieg des Gini-Koeffizienten für die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit, der insgesamt 7,6 % beträgt. Für die breite Schicht der beschäftigten Arbeitnehmer hat sich also nur eine geringe Zunahme der Ungleichheit ihrer Lohneinkommen ergeben. Überdies könnte ein Teil dieser zunehmenden Ungleichheit durch die gestiegene Anzahl von Teilzeitbeschäftigungen verursacht worden sein, so dass sich also beim Kern der Normalbeschäftigungsverhältnisse vermutlich sehr wenig geändert hat¹⁷.

Die im Vergleich zu den Lohneinkommen weit höhere Ungleichheit in der Verteilung der Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit unterlag zwar Schwankungen,

Mehrstufiger Prozess der Verteilung

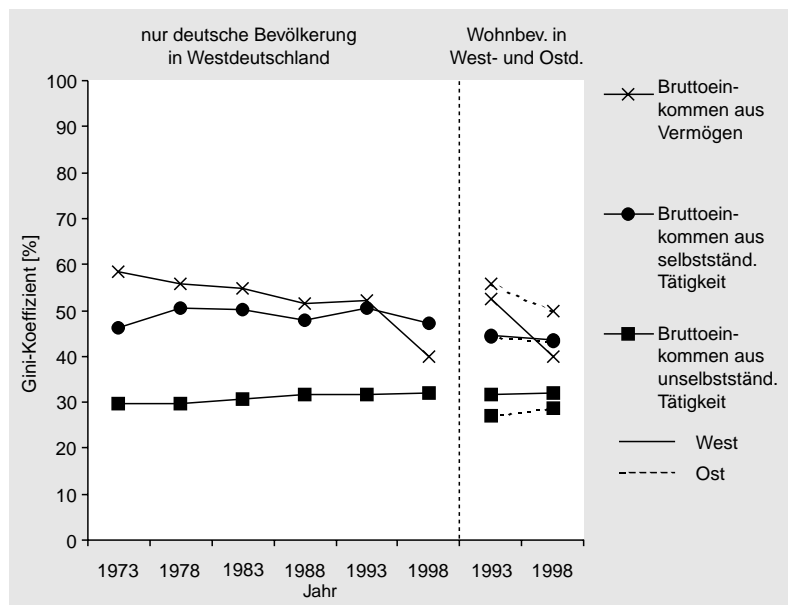
Leichte Zunahme der Ungleichheit bei den Bruttoarbeitseinkommen

aber keinem steigenden oder fallenden Trend. Demgegenüber zeigte die Ungleichheit in der Verteilung der Bruttoeinkommen aus Vermögen, beginnend auf besonders hohem Niveau, eine abnehmende Tendenz. Dies dürfte auf der zunehmenden Verbreitung kleinerer Vermögensbestände beruhen. Die Ergebnisse für das Jahr 1998 sind allerdings nicht voll mit den Werten für frühere Jahre vergleichbar, da das Erhebungsverfahren ab diesem Jahr von Jahresanschreibung auf Vierteljahresanschreibung umgestellt wurde; dies führt zu nicht genau beschreibbaren Verzerrungen bei der Verteilung von Einkommenskategorien, die unregelmäßig anfallen, wie es häufig bei Vermögenseinkommen der Fall ist. Außerdem ist zu beachten, dass einbehaltene Gewinne und Wertsteigerungen nicht als Einkommen aus Vermögen erfasst wurden. Unter Einbeziehung dieser ebenfalls wohlfahrtsrelevanten Elemente hätte die Konzentration der Vermögenseinkommen vermutlich weniger deutlich abgenommen.

Die Wiedervereinigung hat zu weitreichenden Veränderungen in den alten und den neuen Bundesländern geführt, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden können¹⁸: Neben der Übertragung der westdeutschen Institutionen einschließlich des Systems der sozialen Sicherung und des Steuersystems in die neuen Bundesländer, der Einführung der Tarifautonomie und dem Wiederaufbau von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wurden auch die Eigentumsverhältnisse neu geordnet. Dabei hatte die Rückerstattung enteigneter Betriebe, Grundstücke und Häuser Vorrang vor einer finanziellen Entschädigung. Das in Staatshand befindliche Produktivvermögen wurde weitgehend privatisiert. Die Umstellung der auf Mark der DDR lautenden Bankguthaben, Forderungen und Schulden im Rahmen der Währungsunion war mit einer zweifachen Entwertung verbunden: Einerseits wurden die einen Grundbetrag von 6 000 Mark pro Person übersteigenden Forderungen nur 2 zu 1 umgestellt und andererseits führten die anfänglich hohen Preisniveausteigerungen zu einem Rückgang des Realwertes von Forderungen und Schulden. Löhne und Gehälter sowie andere laufende Einkommen wurden dagegen im Verhältnis 1 zu 1 umgestellt.

Dieser Umbruch spiegelt sich auch im Niveau der durchschnittlichen Markteinkommen und in deren Verteilung auf die Bezieher. Nach den Ergebnissen der EVS lag im

Abbildung 1
Gini-Koeffizienten in % zur Charakterisierung der Ungleichheit der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit, aus selbstständiger Tätigkeit und aus Vermögen auf die jeweiligen Bezieher 1973–1998



Quelle: Vgl. Tabelle 2 im Anhang

Jahr 1993 das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Ostdeutschland nur bei knapp 66 % des westdeutschen Niveaus, die durchschnittlichen Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit beliefen sich auf gut 54 %, und die Vermögenseinkommen machten nur 27 % aus. Bis zum Jahr 1998 hatten sich diese Relationen für Ostdeutschland auf 73,5 % bzw. 62,4 % und 47,6 % verbessert. Real gesehen, d.h. unter Berücksichtigung von Preisniveaunterschieden zwischen West und Ost, waren die Abstände noch um einiges geringer.¹⁹ Da es sich bei diesen Angaben um Durchschnitte je Bezieher handelt, lässt sich hieraus aber noch kein Schluss auf die Unterschiede zwischen der durchschnittlichen Wohlfahrt in West- und Ostdeutschland ziehen.

Wie der rechte Teil von Abbildung 1 zeigt, waren mit der sich an die Wiedervereinigung anschließenden Umstellungsphase auch Verschiebungen in der Verteilung der Bruttomarkteinkommen auf die Bezieher verbunden. Zunächst kann man erkennen, dass sich die Gini-Koeffizienten im Jahr 1993 in Westdeutschland durch die Hinzunahme des ausländischen Bevölkerungsteils nur geringfügig ändern. Lediglich der Koeffizient für die Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit sinkt etwas stärker ab. Vergleicht man im Jahr 1993 die Gini-

Weitreichende Veränderungen durch die Wiedervereinigung

Durchschnittliches Einkommensniveau in den neuen Bundesländern deutlich niedriger als in den alten, aber Annäherung im Zeitablauf

Lohneinkommen in Ostdeutschland weniger ungleich verteilt als in Westdeutschland

Koeffizienten für jede Einkommenskategorie zwischen West- und Ostdeutschland, so stellt man fest, dass die Lohneinkommen in Ostdeutschland weniger ungleich verteilt waren als in Westdeutschland und dass die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit einen ähnlichen Ungleichheitsgrad aufwiesen, während die Vermögenseinkommen im Osten sogar noch ungleichmäßiger verteilt waren als im Westen.

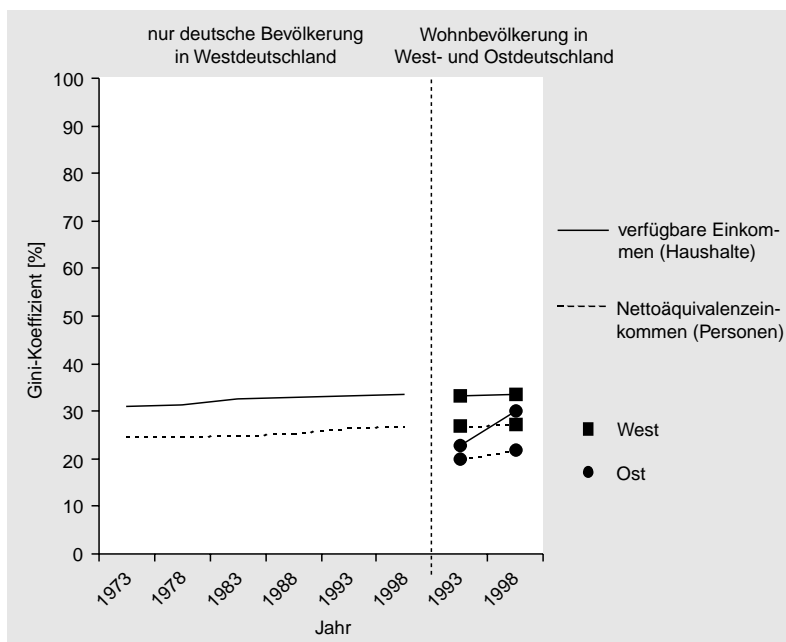
Innerhalb der Fünf-Jahres-Periode von 1993 bis 1998 nahm die Ungleichheit in der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in den neuen Bundesländern mit einem Anstieg des Gini-Koeffizienten um 6 % stärker zu als in den alten Bundesländern mit einer Zunahme von nur gut 1 %. Trotzdem ist die Ungleichheit im Osten immer noch deutlich geringer als im Westen; der ostdeutsche Gini-Koeffizient lag auch 1998 noch um etwa 11 % unter dem westdeutschen Wert. Bei den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit zeigt sich nicht nur ein etwa gleich großes Ausmaß an Ungleichheit, sondern auch eine gleichartige Tendenz zu einer leichten Verringerung der Ungleichheit. Der Rückgang der Ungleichheit bei den Vermögenseinkommen ist im Osten geringer als im Westen, wobei aber die genannten methodisch bedingten Verzerrungen keine genaue Aussage zulassen.

3 Die Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte

Einzelne Personen können mehrere Markteinkommensarten beziehen. Außerdem kann es in Haushalten mehrere Einkommensbezieher geben. Da man davon ausgehen kann, dass Haushalte Wirtschaftsgemeinschaften sind, in denen in der Regel „aus einem Topf“ gewirtschaftet wird, besteht ein zweiter Schritt zur Analyse der Verteilung der ökonomischen Wohlfahrt in der Untersuchung der Verteilung des Bruttomarkteinkommens auf die Haushalte, die man als Primärverteilung bezeichnet. Dieser zweite Schritt wird hier aus Platzgründen nicht explizit durch die Angabe von Verteilungsmaßen dargestellt.

Die Primärverteilung der Bruttomarkteinkommen wird durch das Steuer- und Transfersystem zur Sekundärverteilung, d.h. zur Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte modifiziert. Das verfügbare Einkommen eines Haushalts, das auch als Nettoeinkommen bezeichnet wird, ergibt sich dabei aus der Summe der Bruttomarkteinkommen aller Mitglieder zuzüglich der an die Mitglieder fließenden Sozialleistungen und abzüglich der zu zahlenden persönlichen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. In Abbildung 2 zeigen die durchgezogenen Linien die Entwicklung des Gini-Koeffizienten während der Untersuchungsperiode.

Abbildung 2
Gini-Koeffizienten in % zur Charakterisierung der Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte und der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen 1973–1998



Quelle: Vgl. Tabelle 2 im Anhang

Zunächst kann man feststellen, dass die Verteilung der verfügbaren Einkommen auf die Haushalte weit weniger ungleich ist als die Verteilung der Bruttomarkteinkommen auf die jeweiligen Bezieher. Dieses Ergebnis kommt einerseits durch das Zusammenfließen verschiedener Markteinkommen in Haushalten und andererseits durch die staatliche Umverteilung zustande, die über das progressiv gestaltete Steuersystem und das auf teilweisen Ausgleich von Einkommensausfall und von zu hohen Belastungen ausgerichtete System der sozialen Sicherung vorgenommen wird.

Mit Überraschung erkennt man auch, dass in Westdeutschland die mit Hilfe des Gini-Koeffizienten gemessene Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf die Haushalte in den Jahren von 1973 bis 1998 trotz der extrem starken Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Wiedervereinigung nur leicht zugenommen hat. Der Anstieg des Gini-Koeffizienten von 1973 bis 1998 betrug lediglich 8,4 %. Offenbar haben das

System der sozialen Sicherung und das leicht progressive Steuersystem – zusammen mit anderen Faktoren wie die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen und die Tendenz zur Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße – den Einkommensausfall durch Arbeitslosigkeit im Durchschnitt weitgehend kompensiert.

Der leichte Anstieg des Gini-Koeffizienten setzte sich in Westdeutschland auch nach der Wiedervereinigung fort, wobei die Einbeziehung der ausländischen Haushalte keinen merklichen Unterschied verursacht.²⁰ In Ostdeutschland war die Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf die Haushalte im Jahr 1993 noch deutlich geringer als in Westdeutschland, aber die Zunahme der Ungleichheit war stärker ausgeprägt. Während die relative Differenz der Gini-Koeffizienten 1993 noch 46 % betrug, verringerte sie sich bis 1998 auf 11 %. Mit der Annäherung der Durchschnittseinkommen und des Lebenshaltungsniveaus ging also auch eine Annäherung im Ausmaß der Ungleichheit einher.

4 Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen

Würde man bei der Betrachtung der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte stehen bleiben, so ergäben sich krasse Verzerrungen des Bildes der Wohlstandsverteilung; denn für Ein-Personen-Haushalte und Mehr-Personen-Haushalte mit gleichem Nettoeinkommen würde eine gleich hohe ökonomische Wohlfahrt konstatiert, obwohl von den gleichen Nettoeinkommen eine unterschiedliche Zahl von Personen den Lebensunterhalt bestreiten muss. Auch die Alternative, das Pro-Kopf-Einkommen jedes Haushaltsmitglieds als Wohlstandsindikator heranzuziehen, würde zu Verzerrungen führen, da auf diese Weise die Einsparungen beim gemeinsamen Wirtschaften im Mehr-Personen-Haushalt und Bedarfsunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern ignoriert würden. Dieses Problem wird dadurch gelöst, dass ein gewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen ermittelt und jedem Haushaltsmitglied zugeordnet wird. Dieses gewichtete Pro-Kopf-Nettoeinkommen wird als Nettoäquivalenzeinkommen bezeichnet. Die Gewichte werden einer Äquivalenzskala entnommen, die dem ersten Erwachsenen eines Haus-

halts ein Gewicht von 1,0, weiteren Personen über 14 Jahre Gewichte von 0,7 und jüngeren Kindern Gewichte von 0,5 zuordnet.²¹ Dieses als „alte“ OECD-Skala bezeichnete Gewichtungsschema dürfte den in den institutionellen Regelungen Deutschlands implizit enthaltenen Gewichtungen am nächsten kommen.²²

Auf diese Weise gelangt man in einem letzten Schritt zur Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen, deren Ungleichheit wiederum durch Gini-Koeffizienten gemessen wird.²³ Niveau und Veränderungen dieser Gini-Koeffizienten im Zeitablauf sind in Abbildung 2 durch die gestrichelten Linien dargestellt.

Als Erstes kann man konstatieren, dass der Wert des Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen deutlich niedriger liegt, als der Wert für die Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte. Dieses Ergebnis entsteht einerseits durch die private Umverteilung innerhalb eines Haushalts, die sich durch die gleichmäßige Aufteilung des Einkommens ergibt, und andererseits durch das Faktum, dass die Nettoeinkommen mit der Haushaltsgröße positiv korreliert sind.

Als Zweites kann man feststellen, dass der Gini-Koeffizient einen leichten, aber kontinuierlichen Anstieg der Ungleichheit unter der deutschen Bevölkerung in Westdeutschland signalisiert. Während sich in der ersten Fünf-Jahres-Periode von 1973 bis 1978 keine merkliche Änderung ergab, nahm dieser Koeffizient in den folgenden zwanzig Jahren von 1978 bis 1998 um 9 % zu. Es zeigt sich also eine weitgehende Parallelität mit der Zunahme der Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf die Haushalte, aber auch mit der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit auf die Bezieher (vgl. Abb. 1 und 2).

Fasst man nunmehr die Periode nach der Wiedervereinigung und die gesamte Wohnbevölkerung ins Auge, so erkennt man auch hier einen leichten Anstieg der Ungleichheit bei der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen. Die Zunahme des Gini-Koeffizienten ist in der Fünf-Jahres-Periode von 1993 bis 1998 in den neuen Bundesländern mit 9 % allerdings deutlich höher als in den alten Bundesländern mit 1,2 %. Trotzdem ist die Ungleichheit in den neuen Bundesländern immer noch wesentlich geringer als in den

Ungleichheit der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen geringer als Ungleichheit der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte

Leichte Zunahme der Ungleichheit der personellen Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen

Ungleichheit in den neuen Bundesländern noch geringer als in den alten

Anstieg des Anteils der Einkommensarmen, der Einkommensreichen und der Sozialhilfeempfänger in Westdeutschland

alten; der Gini-Koeffizient lag 1998 noch um 20 % niedriger. Auch hier zeigt sich also eine tendenzielle Parallelität mit der Verteilung der verfügbaren Einkommen auf Haushalte und auch mit der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit auf die jeweiligen Bezieher. Aus anderen Untersuchungen ist bekannt²⁴, dass der ausgleichende Effekt des Systems der sozialen Sicherung und des Steuersystems in den neuen Bundesländern sogar stärker ist als in den alten, so dass auch dies eine mitwirkende Ursache für die insgesamt geringere Ungleichheit in Ostdeutschland darstellt.

5 Verteilungsänderungen in den Randbereichen

Es ist bekannt, dass der Gini-Koeffizient Verteilungsänderungen in der Mitte der Verteilung betont, aber auf Verteilungsänderungen in den Randbereichen weniger sensitiv reagiert. Die Veränderungen in den Randbereichen werden besser sichtbar, wenn man die Personen nach ihrer relativen Position im Vergleich zum Durchschnitt gruppiert und dann fragt, wie sich die Anteile derjenigen im Zeitablauf ver-

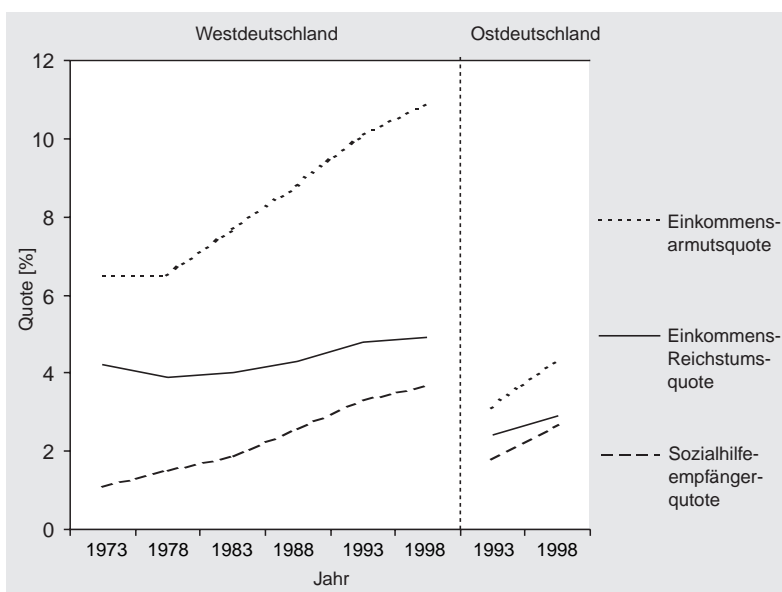
ändert haben, die weniger als 50 % oder mehr als 200 % des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens beziehen. Dabei kann man die 50-%-Grenze als eine Grenze der relativen Einkommensarmut und die 200-%-Grenze als eine Grenze des relativen Einkommensreichtums ansehen. Beide Grenzen werden in dieser Weise verwendet.²⁵

Eine untere Grenze für ein der Würde des Menschen entsprechendes Mindesteinkommen wird in Deutschland außerdem durch die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe charakterisiert.²⁶ Diese Grenze, die wegen einer genaueren Ausrichtung auf den jeweiligen individuellen Bedarf eigentlich ein breites Einkommensband darstellt, liegt im Regelfall etwas unter der 50-%-Grenze, kann sie aber auch überschreiten. Der Anteil der Bevölkerung, der Sozialhilfe in Anspruch nimmt, kann daher als ein weiterer Indikator betrachtet werden, der die Veränderungen am unteren Rand der Verteilung kennzeichnet. In Abbildung 3 werden die Bevölkerungsanteile dargestellt, die unterhalb der Einkommensarmutsgrenze bzw. oberhalb der Einkommensreichtumsgrenze leben oder die Sozialhilfe beziehen. Beim Vergleich der Einkommensarmutsquote mit der Sozialhilfeempfängerquote muss allerdings beachtet werden, dass die Ergebnisse auf Basis der EVS nur solche Personen ausweisen, deren Jahresnettoäquivalenzeinkommen unterhalb bzw. oberhalb der jeweiligen Grenze liegen. Kurzzeitige Einkommenschwankungen werden durch die Durchschnittsbildung über 12 Monate ausgeglichen. Dagegen erfasst die Sozialhilfestatistik alle Personen, die am Jahresende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen; diese Personen müssen nur in den Monaten Dezember und Januar ein zu niedriges eigenes Einkommen bezogen haben.

Abbildung 3 zeigt in seinem linken Teil, dass die Einkommensarmutsquote in Westdeutschland ab 1978 kontinuierlich von 6,5 % auf 10,9 % angestiegen ist, sich also nahezu verdoppelt hat. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger hat sich im gleichen Zeitraum sogar mehr als verdoppelt, wobei bereits in der Periode von 1973 bis 1978 ein Anstieg zu beobachten war.

Wenn also auch die Trends gleichläufig sind, so kann man doch fragen, weshalb sich das Niveau der Quoten so stark unterscheidet. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Erstens wurde die Sozialhilfeschwelle zwar

Abbildung 3
Sozialhilfeempfängerquoten¹, Einkommensarmutsquoten² und Einkommensreichtumsquoten³ 1973–1998



¹ Nur Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende innerhalb der gesamten Wohnbevölkerung (ab 1994 ausschließlich Asylbewerber)

² 50-%-Grenze auf Basis der EVS; nur deutsche Bevölkerung

³ 200-%-Grenze auf Basis der EVS; nur deutsche Bevölkerung

im Zuge des Wirtschaftswachstums immer wieder angepasst, aber doch etwas weniger, als es dem Anstieg des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens entsprochen hätte. Hieraus können Abweichungen resultieren. Zweitens dürfte die Sozialhilfeschwelle für den größeren Teil der Empfänger unterhalb der 50%-Grenze liegen, sodass niedrigere Sozialhilfeempfängerquoten zustande kommen. Drittens umfassen die Sozialhilfeempfängerquoten deutsche und ausländische Bezieher, während sich die Ergebnisse der EVS nur auf Personen in Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand beziehen. Da die Sozialhilfeempfängerquote der Ausländer etwa ab 1980 die deutsche Quote erreichte und danach weit stärker angestiegen ist als die Quote der Deutschen, trug dies zu einem stärkeren Anstieg der Gesamtquote bei.²⁷ Viertens muss man berücksichtigen, dass es einen nicht genau bekannten Anteil von Personen gibt, die zwar einen Sozialhilfeanspruch haben, ihn aber nicht geltend machen. Diese verdeckte Armut könnte nach den bisherigen Schätzungen²⁸ deutlich über zwei Prozentpunkte ausmachen, sodass sich der Abstand zwischen den beiden Quoten bei einer vollständigen Inanspruchnahme weiter verringern würde.

Wirft man nun einen Blick auf die Entwicklung in Ostdeutschland, die im rechten Teil der Abbildung 3 abgebildet ist, so erkennt man auf niedrigerem Niveau eine gleichartige Entwicklung. Von 1993 bis 1998 nahm die Einkommensarmutsquote von 3,1 % auf 4,4 % zu, während die Sozialhilfeempfängerquote von 1,8 % auf 2,7 % anstieg. Dies korrespondiert mit der geringeren, aber steigenden Einkommensungleichheit in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland.

Die Einkommensreichumsquote ist in Westdeutschland und in Ostdeutschland ebenfalls angestiegen, wenn auch weit schwächer als die Einkommensarmutsquote.²⁹ Dies deutet darauf hin, dass sich die Zunahme der Einkommensungleichheit vor allem im unteren Segment vollzogen hat.

Insgesamt kann man auf Basis dieser Ergebnisse konstatieren, dass sich in dem Vierteljahrhundert von 1973 bis 1998 bei einer getrennten Betrachtung der alten und neuen Bundesländer eine begrenzte Zunahme der Einkommensungleichheit ergeben hat, die sich in einer Ausdünnung der Mittelschichten niederschlug. Die Verände-

rung war jedoch im untersten Bereich stärker als im obersten.

Analysen, die auf unverbundenen Querschnitterhebungen beruhen, können den Eindruck hervorrufen, dass die Gesellschaft in fest zementierte Einkommensschichten unterteilt sei und auch auf der individuellen Ebene nur sehr wenige einkommensmäßige Auf- und Abstiege stattfänden. Dieser Eindruck wäre aber völlig falsch; denn die hier präsentierten Ergebnisse zeigen nur das Nettoergebnis der Auf- und Abstiege, die sich in der Betrachtungsperiode offenbar zu einem großen Teil kompensierten. Dabei ist mit *Aufstieg* eine Verbesserung der relativen Einkommensposition gemeint, die nur dann zustande kommt, wenn die individuelle Zunahme des Nettoäquivalenzeinkommens überproportional im Vergleich zum durchschnittlichen Einkommenszuwachs ist. Umgekehrt findet ein *Abstieg* bei einer unterproportionalen Zunahme statt.

Nur Analysen, die auf Wiederholungsbefragungen derselben Haushalte und Personen im Zeitverlauf beruhen – wie sie beispielsweise das Sozio-ökonomische Panel durchführt – können das Ausmaß der individuellen Auf- und Abstiege, d.h. der individuellen Einkommensmobilität, sichtbar machen. Einige beispielhafte Ergebnisse sollen dies belegen³⁰: Von den Personen, die in Gesamtdeutschland im Jahr 1995 einkommensarm waren, befanden sich drei Jahre später nur noch weniger als die Hälfte (46 %) unterhalb der Einkommensarmutsgrenze. Jedoch konnten nur 5 % der Einkommensarmen über die durchschnittliche Lage hinaus aufsteigen. Von den im Jahr 1995 als einkommensreich klassifizierten Personen verblieben innerhalb von drei Jahren 63 % in dieser komfortablen Position, während 37 % unter die 200%-Grenze abstiegen. Aber nur 2,4 % sanken unter das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen ab. Die meisten Auf- und Abstiege finden also zwischen benachbarten Einkommensklassen statt. Sprünge von ganz unten nach ganz oben und umgekehrt sind sehr selten. Generell herrscht also in West- und in Ostdeutschland eine sehr beachtliche Einkommensmobilität. Die Aufstiege aus der untersten Gruppe scheinen aber häufiger zu sein als die Abstiege aus der obersten Gruppe. Damit kann man feststellen: Wenn jemand in einem Jahr einkommensarm ist, so lässt sich daraus nicht schließen, dass er immer arm sein wird, und das gleiche gilt für einkommensreiche Personen.

Scheinbar wenig Bewegung in der Einkommensverteilung bei Querschnittsbetrachtung

Hohe Einkommensmobilität bei Längsschnittsbetrachtung

Ausdünnung der Mittelschicht

Verringerung der Einkommensmobilität im Zeitablauf

In Westdeutschland hat sich allerdings die Einkommensmobilität Mitte der 1990er im Vergleich zur Mitte der 1980er Jahre verringert, und diese Tendenz scheint anzuhalten. Auch in Ostdeutschland hat ab Mitte der 90er Jahre – nachdem die größten Umstellungen erfolgt waren – die Einkommensmobilität deutlich abgenommen.³¹ Diese Tendenz zu einer Verfestigung der Einkommensunterschiede – auch etwas verschleiern als Zunahme der Stabilität charakterisiert – könnte ein Hinweis auf eine Verstärkung der herrschenden Chancenungleichheit sein.

Verschiebung des Bildes bei Verwendung gesamtdeutscher Durchschnitte

6 Eine Betrachtung der Ungleichheit aus gesamtdeutscher Sicht

Rückstand Ostdeutschlands immer noch beträchtlich

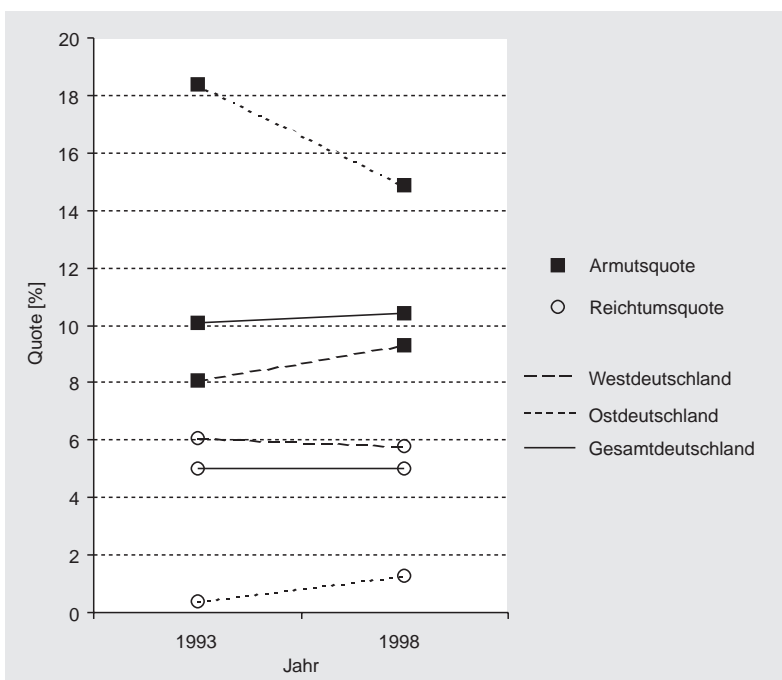
Die bisherigen Analysen gingen ohne vertiefte Begründung davon aus, dass in Deutschland fast ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung noch zwei Teilgesellschaften bestehen; denn nur dann kann man die Einkommensarmen und die Einkommensreichen jeweils durch Bezugnahme auf den westdeutschen und den ostdeutschen Durchschnitt des Nettoäquivalenzeinkommens abgrenzen. Das politische Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse ist aber unbestritten, und es wird

auch durch vielfältige Maßnahmen verfolgt. Trotzdem ist dieses Ziel noch längst nicht erreicht. Auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe lag das ostdeutsche durchschnittliche nominelle Nettoäquivalenzeinkommen im Jahr 1998 noch um 23,7 % unter dem westdeutschen Niveau. Da das ostdeutsche Preisniveau nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung noch etwa 5 % niedriger lag als in Westdeutschland³², betrug der Unterschied der Realeinkommen nur gut 18 %.

Man gewinnt daher eine zusätzliche Einsicht über die Ungleichheit der Wohlfahrtsverteilung in Deutschland, wenn man für die gesamte Wohnbevölkerung die Gruppen der Einkommensarmen und der Einkommensreichen anhand der 50%-Grenze und der 200%-Grenze, bezogen auf den gesamtdeutschen Durchschnitt des Nettoäquivalenzeinkommens, abgrenzt. Auf Basis dieses für Gesamtdeutschland einheitlichen Referenzstandards ergibt sich ein anderes Bild der Entwicklung von 1993 bis 1998, wie Abbildung 4 zeigt.

Zunächst kann man feststellen, dass die gesamtdeutsche Armutsquote von 1993 bis 1998 nur geringfügig von 10,1 % auf 10,4 % angestiegen ist, während die gesamtdeutsche Reichtumsquote mit 5,0 % sogar völlig gleich blieb. Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtungsweise ergeben sich jedoch auch unterschiedliche Entwicklungstendenzen für die alten und neuen Bundesländer. Der Aufholprozess, der insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sehr ausgeprägt war, hat zu einer Abnahme der ostdeutschen Armutsquote von 18,4 % auf 14,9 % geführt und gleichzeitig die ostdeutsche Reichtumsquote von 0,4 % auf 1,3 % ansteigen lassen. Bei der westdeutschen Betrachtungsweise ergeben sich jedoch auch unterschiedliche Entwicklungstendenzen für die alten und neuen Bundesländer. Der Aufholprozess, der insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sehr ausgeprägt war, hat zu einer Abnahme der ostdeutschen Armutsquote von 18,4 % auf 14,9 % geführt und gleichzeitig die ostdeutsche Reichtumsquote von 0,4 % auf 1,3 % ansteigen lassen. Bei der westdeutschen Betrachtungsweise ergeben sich jedoch auch unterschiedliche Entwicklungstendenzen für die alten und neuen Bundesländer. Der Aufholprozess, der insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sehr ausgeprägt war, hat zu einer Abnahme der ostdeutschen Armutsquote von 18,4 % auf 14,9 % geführt und gleichzeitig die ostdeutsche Reichtumsquote von 0,4 % auf 1,3 % ansteigen lassen.

Abbildung 4
Einkommensarmuts- und -reichtumsquoten der Wohnbevölkerung in West-, Ost- und Gesamtdeutschland bei Verwendung des gesamtdeutschen Durchschnitts 1993 und 1998



Quelle: Vgl. Tabelle 2 im Anhang

Diese Unterschiede erklären sich durch die Einbeziehung der ostdeutschen Nettoäquivalenzeinkommen in die Durchschnittsbildung, wodurch der gesamtdeutsche Durchschnitt im Vergleich zum westdeutschen abgesenkt und im Vergleich zum ostdeutschen erhöht wurde. Dies wirkt sich dann auch auf die Armuts- und Reichtumsgrenzen und die darauf beruhenden Anteile der relativ Armen und der relativ Reichen aus. Vereinfacht gesprochen hat die alte Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung

eine große Last übernommen, die sich auch in Verschiebungen der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung niederschlägt, und zwar insbesondere im obersten und untersten Bereich. Im Vergleich zum neuen, niedrigeren Gesamtdurchschnitt betrachtet, stehen sowohl die früheren westdeutschen Einkommensarmen als auch die früheren westdeutschen Einkommensreichen besser da, wenn sich auch an ihren Realeinkommen nichts geändert hat.

Als Zwischenergebnis dieser Betrachtungsweise kann man festhalten: Die ostdeutsche Armutsquote lag im Jahr 1998 mit 14,9 % weit über der westdeutschen von 9,3 %, und die ostdeutsche Reichtumsquote erreichte mit 1,3 % nur einen Bruchteil der westdeutschen Quote von 5,8 %. Diese Relationen dürften sich bis zum Jahr 2002 noch nicht wesentlich verändert haben. Gerade die Betrachtung der oberen und unteren Randbereiche macht also deutlich, dass die künftig zu lösenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme vor allem in den neuen Bundesländern liegen.

7 Zur Ungleichheit der Vermögensverteilung

Die wirtschaftliche Wohlfahrt einer Person wird nicht nur durch das laufend zufließende Einkommen charakterisiert, sondern auch durch ihr Vermögen. Zwar sind die Erträge des Vermögens im Nettoäquivalenzeinkommen enthalten, aber die weiteren nutzenstiftenden Aspekte eines Vermögensbestandes, die man auch als die Funktionen des Vermögens aus individueller Sicht bezeichnet, bleiben unbeachtet. Es sind dies neben der Ertragsfunktion die Nutzungsfunktion, die Sicherungsfunktion, die Übertragungs- und Vererbungsfunktion, die Prestigefunktion und schließlich die Machtfunktion. Diese Funktionen sind bei einzelnen Vermögensarten je nach den rechtlichen Regelungen unterschiedlich stark ausgebildet. Überdies hängt es von der Höhe des jeweiligen Vermögensbestandes ab, welche Funktion in den Vordergrund tritt. Wer nur einige Aktien eines Zeitungskonzerns oder einer Fernsehstation besitzt, kann allenfalls auf eine Dividende und Wertsteigerungen hoffen. Wer aber eine Aktienmehrheit sein Eigen nennt, der hat wirtschaftlichen Einfluss, der kann die öffentliche Meinung und die Politik be-

einflussen und der kann dadurch gesellschaftliches Prestige erwerben. Neben der personellen Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen hat daher die personelle Verteilung der Vermögen eine eigenständige, wohlfahrtsbeeinflussende Bedeutung.

Bisher fehlt eine umfassende und detaillierte Volksvermögensrechnung, aus der das gesamte, dem Haushaltssektor zuzuordnende Vermögen zu entnehmen wäre. Die vorhandenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank und anderer Stellen³³ weichen weit voneinander ab. Die Statistiken über die personelle Verteilung des dem Haushaltssektor zuzuordnenden Vermögens sind noch unvollständiger als die Einkommensstatistiken. Besonders große Lücken gibt es im Hinblick auf die personelle Verteilung des Produktivvermögens und des im Ausland belegenen Vermögens. Während das in Form von börsenmäßig gehandelten Aktien repräsentierte Unternehmensvermögen erfasst werden kann, ist die Höhe und Verteilung des in anderen Kapitalgesellschaften, in Personengesellschaften, in Einzelfirmen und in Praxen gebundenen Vermögens nach Höhe und Verteilung nur aus Schätzungen bekannt.³⁴ Auch das Gebrauchsvermögen der Haushalte wird auf der Ebene einzelner Haushalte nur teilweise erfasst. Die in Tabelle 1 zusammengefassten, aus verschiedenen Einkommens- und Verbrauchsstichproben – teilweise mit Hilfe von Schätzungen und Zurechnungen – abgeleiteten Ergebnisse können daher nur ein unvollständiges Bild der personellen Vermögensverteilung liefern. Die in Tabelle 1 wiedergegebenen Ergebnisse beziehen sich auf die zusammengefasste Größe „Nettovermögen“, das sich aus der Summe der zu Verkehrswerten bewerteten Vermögensbestände und Forderungen abzüglich aller Verbindlichkeiten ergibt. Da überdies die rechtliche Zuordnung von Vermögensteilen zu einzelnen Haushaltsmitgliedern unbekannt ist, wird für diese Darstellung immer der Haushalt als Bezugseinheit verwendet. Es handelt sich also um die Verteilung des Nettovermögens auf Haushalte ohne Berücksichtigung der Zahl der Haushaltsmitglieder.

Aufgrund der in der untersten Zeile ausgewiesenen Werte des Gini-Koeffizienten kann man als Erstes feststellen, dass die Ungleichheit der Verteilung der Nettovermögen auf Haushalte weit größer ist als die Ungleichheit der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Haushalte oder auf

*Nettovermögen ein
eigenständiger
Wohlstandsfaktor*

*Verteilung der Netto-
vermögen weit unglei-
cher als Verteilung der
Nettoäquivalenzein-
kommen*

Tabelle 1
Die Verteilung des Nettovermögens¹ auf Haushalte (Dezilsanteile und Gini-Koeffizienten in %)

Jahr und Autor	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	deutsche Haushalte			Wohnbevölkerung		Wohnbevölkerung	
	1973 Wicke/ Mierheim ²	1983 Schlomann ³	1988 Hauser/ Stein ⁴	1993 Hauser/ Stein ⁴	1998 Hauser/ Stein ⁴	1993 Hauser/ Stein ⁴	1998 Hauser/ Stein ⁴
1. Dezil		-0,3	-0,8	-0,3	-0,4	-0,3	-0,5
2. Dezil	0,8	0,1	0,1	0,3	0,1	0,6	0,2
3. Dezil		0,4	0,5	0,7	0,6	1,2	0,9
4. Dezil	2,0	0,7	1,2	1,6	1,3	1,9	1,7
5. Dezil		1,5	2,4	3,3	3,0	2,6	2,9
6. Dezil	5,7	4,0	5,0	7,1	6,5	3,8	4,5
7. Dezil		9,0	9,6	11,2	10,7	5,8	7,3
8. Dezil	13,5	14,5	15,1	15,1	15,2	9,6	12,5
9. Dezil		21,3	21,9	20,2	21,1	22,2	22,5
10. Dezil	78,0	48,8	45,0	40,8	41,9	52,6	47,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Gini-Koeffizient	74,8	70,1	66,8	62,2	64,0	69,4	67,6

¹ Das Nettovermögen der Haushalte ist in den einzelnen Studien, die alle auf den Einkommens- und Verbrauchsstichproben beruhen, nicht völlig gleichartig abgegrenzt, da einzelne Vermögenskategorien unterschiedlich erfasst wurden

Quellen:

² Mierheim, H.; Wicke, L. (1978): Die personelle Vermögensverteilung. – Tübingen, S. 58–59

³ Schlomann, H. (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge. – Frankfurt a.M., New York, S. 136–139

⁴ Hauser, R.; Stein, H. (2001): Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland. – Frankfurt a.M., New York, S. 112 und 124
 Wegen Umstellung der statistischen Erhebungsmethode nicht voll vergleichbar

Die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtvermögen. Den „Löwenanteil“ besitzt das oberste Fünftel.

Personen. Der Gini-Koeffizient liegt jeweils mehr als doppelt so hoch.

Der Zeitvergleich scheint für Westdeutschland eine Abnahme der Ungleichheit der Vermögensverteilung anzudeuten. Es ist jedoch fraglich, ob dies tatsächlich zutrifft, da in den Jahren 1988, 1993 und 1998 das nicht in Form von börsenmäßig gehandelten Aktien repräsentierte Unternehmensvermögen nicht enthalten ist, so dass die Ungleichheit vermutlich unterschätzt wird.³⁵

Im oberen Teil der Tabelle 1 sind die Dezilsverteilungen des Nettovermögens aufgeführt. Ein Dezil umfasst 10 % aller Haushalte, wobei die Haushalte zunächst nach der Höhe ihres Nettovermögens in eine Rangordnung gebracht und dann entsprechend unterteilt werden. Ausgewiesen ist der Anteil jedes Dezils am gesamten Nettovermögen. Gleichverteilung wäre dadurch charakterisiert, dass jedes Dezil auch 10 % des gesamten Nettovermögens besäße. Abweichungen von dieser Quote kennzeichnen das Ausmaß der Ungleichheit. Für 1973 sind nur Quintilsverteilungen bekannt. Ein Quintil umfasst 20 % aller Haushalte. Gleichverteilung würde also bedeu-

ten, dass jedes Quintil 20 % des gesamten Nettovermögens besäße.

Blickt man zunächst auf den unteren Rand der Verteilung in Westdeutschland, so sieht man, dass die unteren beiden Dezile entweder verschuldet sind oder nur einen ganz geringen Anteil am gesamten Nettovermögen besitzen. Auch die nächsten drei Dezile weisen nur geringe Anteile auf, so dass man feststellen kann, dass die untere Hälfte der Haushalte lediglich einen Anteil zwischen 2,4 % und 5,6 % des gesamten Nettovermögens sein eigen nennt. Auch das sechste Dezil verfügt noch nicht über einen seinem Bevölkerungsanteil entsprechenden Anteil am gesamten Nettovermögen; dies ist mit leichten Abweichungen erst beim siebten Dezil der Fall. Der „Löwenanteil“ – anders kann man es kaum bezeichnen – liegt in Händen der obersten beiden Dezile, wobei das zehnte Dezil nochmals einen etwa doppelt so hohen Anteil besitzt wie das neunte Dezil. Zusammen verfügt dieses obere Fünftel der Haushalte über 60 % bis 70 % des gesamten Nettovermögens. Da das nicht erfasste Unternehmensvermögen überwiegend in Händen dieses obersten Fünftels der Haushalte liegen dürfte, ist de-

ren Anteil noch größer. Hinzu kommt, dass die oberste Haushaltsgruppe und deren Vermögen in den Jahren 1978 bis 1998 nicht eingeschlossen ist, so dass eine weitere, die Ungleichheit erhöhende Korrektur erforderlich wäre. Einige dieser Korrekturen wurden von Mierheim und Wicke für 1973 vorgenommen; dies mag einen Teil des für das oberste Fünftel ausgewiesenen noch höheren Anteilswertes erklären.

Vergleicht man West- und Ostdeutschland in der Periode nach der Wiedervereinigung, dann überrascht, dass die Nettovermögensverteilung in den neuen Bundesländern noch ungleichmäßiger ist als in den alten. Insbesondere die mittlere Schicht von sechsten bis zum achten Dezil hat deutlich geringere Anteile als im Westen, während das oberste Dezil sogar rund die Hälfte des gesamten ostdeutschen Nettovermögens besitzt. Auch sind die absoluten Vermögenhöhen weit niedriger.³⁶ Drei Faktoren dürften zu diesem Ergebnis wesentlich beigetragen haben: Erstens die Entwertung der in der ehemaligen DDR gebildeten Geldvermögen durch die Umstellung von 2:1 für höhere Beträge. Zweitens die enormen Preissteigerungen bei Haus- und Grundbesitz, der jedoch in den neuen Bundesländern viel stärker konzentriert ist als in den alten. Und drittens die angesichts der noch niedrigeren Einkommen und des aufgestauten Nachholbedarfs geringere Sparneigung und Sparfähigkeit. Die von 1993 bis 1998 steigenden Anteile der mittleren Dezile und der Rückgang beim obersten Dezil deuten jedoch auch hier auf eine Tendenz zur Angleichung an die alten Bundesländer hin.

8 Zusammenfassung

In dem Vierteljahrhundert von 1973 bis 1998 hat in Westdeutschland die Ungleichheit der personellen Verteilung der ökonomischen Wohlfahrt, gemessen durch das Nettoäquivalenzeinkommen, trotz der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der

mit der Wiedervereinigung zusammenhängenden Belastungen nur leicht zugenommen. Das System der sozialen Sicherung und das Steuersystem haben in einem hohen Ausmaß die Einkommensausfälle durch Arbeitslosigkeit, Alter, Erwerbsunfähigkeit und durch die Übernahme von Familienpflichten kompensiert. Allerdings lässt sich eine begrenzte Ausdünnung der Mittelschichten feststellen, wobei die Veränderungen stärker durch eine Vergrößerung des untersten Segments, d.h. durch eine Zunahme der Armutsquote, als durch eine Ausdehnung des obersten Segments gekennzeichnet war. Auf der individuellen Ebene gab es ein beachtliches Ausmaß von Einkommensmobilität, so dass Einkommensarme häufig die Armutslage wieder verlassen und Einkommensreiche ihren Status nicht immer halten konnten. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern war – bei getrennter Betrachtung – durch geringere Ungleichheit im Ausgangszustand, aber durch eine schnellere Zunahme gekennzeichnet, wenn auch das Ausmaß der Ungleichheit bei der Verteilung der ökonomischen Wohlfahrt gegenwärtig immer noch geringer ist als in den alten Bundesländern. Es findet also sowohl eine Annäherung bei den durchschnittlichen Einkommen als auch beim Ausmaß der Ungleichheit statt.

Die Verteilung des Nettovermögens auf Haushalte ist weit ungleichmäßiger als die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen. Charakteristisch ist, dass die untere Hälfte der Haushalte nur einen äußerst geringen Anteil am gesamten Nettovermögen aller Haushalte besitzt. Wenn auch die statistischen Daten größere Lücken aufweisen, so kann man doch vermuten, dass sich in Westdeutschland von 1973 bis 1998 eine leichte Verringerung der Ungleichheit der Vermögensverteilung ergeben hat. In den neuen Bundesländern ist die Ungleichheit der Vermögensverteilung noch stärker ausgeprägt als in den alten; dabei ist das durchschnittliche Nettovermögen nur knapp halb so hoch wie in den alten Bundesländern.

*Verteilung der
Nettovermögen in
Ostdeutschland noch
ungleicher als in
Westdeutschland*

Anhang

Tabelle 2

Gini-Koeffizienten zur Charakterisierung der Ungleichheit der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Personen, der verfügbaren Einkommen auf Haushalte sowie der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit, aus selbstständiger Tätigkeit und aus Vermögen auf die jeweiliger Bezieher (%)

Einkommensart und Bezugseinheit	nur deutsche Bevölkerung in Westdeutschland						Wohnbevölkerung in West- und Ostdeutschland	
	1973	1978	1983	1988	1993	1998	1993	1998
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit der Bezieher								
West	29,7	29,9	30,6	31,6	31,7	32,0	31,7	32,1
Ost							27,1	28,7
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit der Bezieher								
West	46,3	50,6	50,0	48,0	50,3	47,1	44,5	43,6
Ost							44,3	43,1
Bruttoeinkommen aus Vermögen der Bezieher								
West	58,4	55,8	55,0	51,3	52,2	40,0	52,4	40,1
Ost							55,7	49,7
Verfügbares Einkommen der Haushalte								
West	30,9	31,3	32,7	32,9	33,3	33,5	33,3	33,5
Ost							22,8	30,2
Nettoäquivalenzeinkommen der Personen								
West	24,8	24,7	25,0	25,3	26,7	27,0	26,9	27,2
Ost							19,9	21,8

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt am Main; eigene Berechnungen

Tabelle 3

Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen und Dezilen auf die jeweiligen Bezieher in Westdeutschland 1973–1998 sowie in West- und Ostdeutschland 1993 und 1998

Verteilungsmaß	nur deutsche Bevölkerung in Westdeutschland						Wohnbevölkerung in West- und Ostdeutschland			
	1973	1978	1983	1988	1993	1998	1993		1998	
							West	Ost	West	Ost
Mittelwerte (DM p.M.)										
arithmetisches Mittel	981	1 362	1 756	2 000	2 648	2 924	2 630	1 783	2 897	2 209
Median	864	1 201	1 569	1 789	2 328	2 579	2 313	1 662	2 552	2 038
Theil-Index	0,0997	0,0995	0,1032	0,1061	0,1168	0,1203	0,1184	0,0655	0,1223	0,0785
Atkinson-Maß										
$\epsilon = 1$	0,0949	0,0947	0,0980	0,1007	0,1103	0,1134	0,1117	0,0634	0,1151	0,0754
$\epsilon = 2$	0,1704	0,1714	0,1842	0,1986	0,2062	0,2134	0,2096	0,1173	0,2164	0,1390
Dezile (% des Nettoäquivalenzeinkommens)										
1. Dezil	4,6	4,6	4,3	4,2	4,0	4,0	4,0	5,3	3,9	4,9
2. Dezil	5,9	5,9	5,8	5,8	5,5	5,5	5,5	6,6	5,4	6,3
3. Dezil	6,7	6,7	6,7	6,8	6,5	6,5	6,5	7,4	6,5	7,2
4. Dezil	7,5	7,5	7,6	7,6	7,4	7,4	7,4	8,2	7,4	8,0
5. Dezil	8,4	8,4	8,5	8,5	8,3	8,3	8,3	8,9	8,3	8,8
6. Dezil	9,3	9,3	9,4	9,4	9,3	9,3	9,3	9,7	9,3	9,6
7. Dezil	10,3	10,4	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,6
8. Dezil	11,8	11,8	11,9	11,9	12,0	12,0	12,0	11,5	12,0	11,7
9. Dezil	14,0	13,9	14,0	14,1	14,4	14,3	14,4	13,1	14,4	13,3
10. Dezil	21,5	21,3	21,2	21,3	22,0	22,2	22,1	18,8	22,3	19,7

Quelle: EVS-Datenbank der Professur für Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.; eigene Berechnungen

Anmerkungen

(1)
Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Springer Verlages, Berlin u.a. Dieser Aufsatz erscheint in englischer Sprache in: Richard Hauser, Irene Becker (eds.): Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View. – Berlin u.a. 2002

(2)
Der 1963 durch Gesetz geschaffene „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR), zu dessen gesetzlichem Auftrag unter anderem die Untersuchung der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen gehört, hat erstmals im Jahr 1998 Analysen zur personellen Verteilung der Einkommen vorgelegt und diese dann 1999 und 2000 aktualisiert sowie um eine Untersuchung der personellen Vermögensverteilung ergänzt (SVR (1998), Ziffern 199 ff., SVR (1999), Ziffern 400 ff. sowie SVR (2000), Ziffern 498 ff.). Ein Überblick über frühere wissenschaftliche Studien findet sich in: Hauser/Wagner (2002).

(3)
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001)

(4)
Für Ergebnisse zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland bis 1993. Vgl. Hauser/Becker (2000)

(5)
Neuere Ergebnisse zur personellen Einkommensverteilung auf Basis des SOEP finden sich in Wagner/Krause (2001)

(6)
Der MZ wird kaum zu umfassenden Verteilungsanalysen verwendet, da in dieser Erhebung lediglich Nettoeinkommen nach Größenklassen erfragt werden. Neuerdings gibt es jedoch eine Untersuchung der „working poor“, für die auch der MZ herangezogen wird (Strengmann-Kuhn 2003).

(7)
Die auf Basis des ECHP abgeleiteten Ergebnisse stimmen mit den auf Basis des SOEP abgeleiteten Ergebnissen weitgehend überein, da ab der vierten Welle die SOEP-Daten übernommen wurden.

(8)
Für Ergebnisse auf Basis der Einkommensteuerstatistik 1995 vgl. Merz (2001a)

(9)
Unkorrigierte Auswertungen der Vermögensteuerstatistik führen wegen unterschiedlicher Wertansätze und Freibeträge zu stark verzerrten Ergebnissen. Vgl. Bach/Bartholmai (2002), S. 7–12

(10)
Eine vergleichende Analyse der Sozialhilfeempfänger in West- und Ostdeutschland findet sich in: Burmester, Monika (2001)

(11)
Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben umfassen zwischen 45 000 und 60 000 Haushalte. Die folgenden Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Sozialpolitik der Goethe-Universität, Frankfurt am Main, beruhen auf anonymisierten Datenfiles, die als zufällige Substichproben im Umfang von 80 % bis 98 % der Originalstichprobe gezogen wurden.

(12)
Die vom Statistischen Bundesamt verwendeten Abschneidegrenzen lagen 1973 bei DM 15 000, 1978 bei DM 20 000, 1983 bei DM 25 000, 1988 bei DM 25 000 und 1993 bei DM 35 000 Haushaltsnettoeinkommen pro Monat. Wie aus der Untersu-

chung von Merz hervorgeht, sind in der EVS Haushalte mit einem Jahresnettoeinkommen von mehr als DM 100 000 deutlich unterrepräsentiert. Aus dem Vergleich der EVS mit der Einkommensteuerstatistik 1995 ergab sich, dass hochgerechnet etwa 270 000 „reiche“ Haushalte mit Einkommensteuernzahlbeträgen von über DM 40 000 pro Jahr in der EVS nicht erfasst wurden; davon lagen ca. 37 000 oberhalb der Abschneidegrenze (Merz 2001a, S. 105/126).

(13)
Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1998), Ziffern 204 ff.

(14)
Eine ausführliche Beschreibung der EVS findet sich in Hauser und Becker (2001), S. 46–60

(15)
Bei dieser Abgrenzung wird lediglich der Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen einbezogen; der Arbeitgeberanteil wird nicht berücksichtigt.

(16)
Vgl. Merz (2001b)

(17)
Die EVS enthält keine Angaben zur wöchentlichen Arbeitszeit, so dass diese Vermutung mit ihr nicht überprüft werden kann.

(18)
Eine umfassende Darstellung der im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung eingetretenen institutionellen und sozialen Veränderungen zusammen mit Verteilungsanalysen für die ersten vier Jahre nach der Wiedervereinigung findet sich in Hauser et al. (1996)

(19)
Aktuelle Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland finden sich in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2001), Tab. 3.7

(20)
Da vermutlich vor allem gut integrierte und seit langem anwesende Ausländer an der sehr komplizierten EVS-Umfrage teilgenommen haben, dürfte der Einfluss der Ausländer auf die Ungleichheit der Verteilung der Nettoeinkommen auf die Haushalte unterschätzt werden. Berechnungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels, das die ausländischen Haushalte einbezieht, weisen etwas höhere Werte des Gini-Koeffizienten auf (vgl. Wagner/Krause (2001), S. 24–25).

(21)
Dieser Vorgehensweise liegen zwei Annahmen zugrunde, die empirisch nicht vollständig verifiziert werden können: (1) Die Poolannahme, die besagt, dass die Einkommen aller Haushaltsmitglieder ohne Vorbehaltseinkommen in einen Pool eingebracht werden, aus dem alle Ausgaben bestritten werden. (2) Die Wohlfahrtsgleichverteilungsannahme, die unterstellt, dass jedes Haushaltsmitglied in einer solchen Weise am Haushaltskonsum partizipiert, dass jedes Mitglied das gleiche Wohlfahrtsniveau erreicht.

(22)
Vgl. Faik (1997)

(23)
Die Werte einiger zusätzlicher Verteilungsmaße sind in Tabelle 3 im Anhang aufgeführt.

(24)
Hauser/Becker (2001), S. 110–112

(25)
Auf die Diskussion über die angemessenen Armuts- und Reichtumsgrenzen kann hier nicht eingegangen werden. Die beiden hier verwendeten Grenzen sind weit verbreitet und finden – neben anderen – auch im Bericht der Bundesregierung Verwendung (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), S. 24 ff.). Eine umfassende Diskussion von Problemen der Armutsmessung findet sich in Jäntti/Danziger (2000)

(26)
Auf Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe hat in Deutschland jeder Wohnsitzbürger einen Anspruch, sofern sein Einkommen nicht zur Deckung eines jährlich neu festgelegten Mindestbedarfs ausreicht. Wenn im Folgenden Sozialhilfeempfänger erwähnt werden, sind damit nur die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemeint. Die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen sowie die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen werden nicht in die Betrachtung einbezogen, da bei diesen Gruppen besondere Umstände vorliegen. Ebenso werden Personen, die seit 1994 einen Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, nicht einbezogen.

(27)
Vgl. Seewald (2001)

(28)
Vgl. Engels/Sellin (2001)

(29)
Wie die Ergebnisse von Merz (2001a) zeigen, ist die reiche Schicht in der EVS unterrepräsentiert. Die tatsächlichen Einkommensreichumsquoten dürften daher um einen halben bis einen ganzen Prozentpunkt höher liegen, als in Abbildung 3 sichtbar wird. Es gibt keine verlässlichen Hinweise, dass sich dieser Niveauunterschied im Zeitablauf geändert hat, so dass die trendmäßige Entwicklung von dieser Unterschätzung unberührt bleibt.

(30)
Wagner/Krause (2001), S. 93, Tab. 5.3.1

(31)
Hauser et al. (1996), Hauser/Fabig (1999), Wagner/Krause (2001)

(32)
Wagner/Krause, S. 33

(33)
Vgl. den Überblick in Hauser/Stein (2001), S. 29–38

(34)
Vgl. Bach/Bartholmai (2001)

(35)
Bach/Bartholmai (S. A18-A20) schätzen die Höhe des Unternehmensvermögens (Nettovermögen), das sich in Händen privater Haushalte befindet und das nicht in Aktienform gehalten wird, auf ca. DM 1 500 Mrd. im Jahr 1995. Die starke Konzentration des Eigentums an Unternehmensvermögen wird durch einen Gini-Koeffizienten von ca. 76,6 % gekennzeichnet. Dabei ist dieser Koeffizient nicht auf Basis aller Haushalte, sondern nur bezogen auf die Eigentümer von Unternehmensvermögen berechnet. Würde man alle Haushalte einbeziehen, so läge er noch wesentlich höher.

(36)
Das Durchschnittsvermögen des obersten Dezils (ausschließlich des nicht in Aktienform gehaltenen Unternehmensvermögens) betrug 1998 in Westdeutschland DM 1 069 000 und in Ostdeutschland DM 468 000 (Hauser/Stein 2001, S. 106).

Literatur

- Bach, Stefan; Bartholmai, Bernd (2002): Verteilung des Produktivvermögens auf private Haushalte und Personen. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn
- Becker, Irene (2001): Personelle Einkommensverteilung 1993 und 1998: Ergebnisse der EVS zur Ungleichheit innerhalb und zwischen sozio-ökonomischen Gruppen. Arbeitspapier Nr. 26, EVS-Projekt, Institut für Volkswirtschaftslehre der Goethe-Universität. – Frankfurt am Main
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bd. 1: Bericht, Bd. 2: Daten und Fakten. – Bonn
- Burmester, Monika (2001): Sozialhilfebezug in Ost und West – Eine vergleichende Analyse auf Basis der 25%-Stichprobe. Forschungsaufenthalte im Statistischen Bundesamt, Band 1. – Wiesbaden
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2001): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001. DIW-Wochenbericht 43/01. – Berlin
- Engels, Dietrich; Sellin, Christine (2001): Vorstudie zur Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn
- Faik, Jürgen (1997): Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen. Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. In: Becker, Irene; Hauser, Richard (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zu einer Vierfünftel-Gesellschaft? – Frankfurt a.M., New York, S. 13–42
- Gottschalk, Peter; Smeeding, Timothy (2000): Empirical Evidence on Income Inequality in Industrial Countries. In: Atkinson, A. B.; Bourguignon, F. (Hrsg.): Handbook of Income Distribution. Bd. 1. – Amsterdam u.a., S. 261–307
- Hanesch, Walter (2001): Einkommenslage bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn
- Hauser, Richard (1997): Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216, H. 4/5, S. 524–548
- Hauser, Richard; Glatzer, Wolfgang; Hradil, Stefan; Kleinhenz, Gerhard; Olk, Thomas; Pankoke, Eckhart (1996): Ungleichheit und Sozialpolitik. – Opladen
- Hauser, Richard; Fabig, Holger (1999): Labor Earnings and Household Income Mobility in Reunified Germany: A comparison of the Eastern and Western States. In: Review of Income and Wealth, Ser. 45, Nr. 3 (1999), S. 303–324
- Hauser, Richard; Becker, Irene (2000): Changes in the Distribution of Pre-Government and Post-Government Income in Germany 1973–1993. In: Hauser, Richard; Becker, Irene (Hrsg.): The Personal Distribution of Income in an International Perspective. – Heidelberg, S. 72–98
- Hauser, Richard; Becker, Irene (2001): Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973–1998. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn
- Hauser, Richard; Stein, Holger (2001): Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland. – Frankfurt a.M., New York
- Hauser, Richard; Wagner, Gert (2002): Economics of the Personal Distribution of Income. In: Zimmermann, Klaus, F. (Hrsg.): Frontiers in Economics. – Heidelberg, S. 311–370
- Himmelreicher, Ralf, K. (2001): Soziodemographie, Erwerbsarbeit, Einkommen und Vermögen von westdeutschen Haushalten. Eine Längsschnitt-Kohortenanalyse auf Datenbasis des SOEP (1984–1997). – Berlin
- Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1997): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung. – Frankfurt a.M., New York
- Jäntti, Markus; Danziger, Sheldon (2000): Income Poverty in Advanced Countries. In: Atkinson, A. B.; Bourguignon, F. (Hrsg.): Handbook of Income Distribution, Bd. 1. – Amsterdam u.a., S. 310–378
- Merz, Joachim (2001a): Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn
- Merz, Joachim (2001b): Was fehlt in der EVS? Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbstständige und abhängig Beschäftigte. Diskussionspapier Nr. 30 des Forschungsinstituts Freie Berufe, Universität Lüneburg. – Lüneburg
- Mierheim, Horst; Wicke, Lutz (1978): Die personelle Vermögensverteilung. – Tübingen
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1998): Jahresgutachten 1998/99. Bundestagsdrucksache 14/73. – Bonn
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1999): Jahresgutachten 1999/2000, Wirtschaftspolitik unter Reformdruck. – Stuttgart
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2000): Jahresgutachten 2000/01, Chancen auf einen höheren Wachstumspfad. – Stuttgart
- Schlomann, Heinrich (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge. – Frankfurt a.M., New York
- Schlomann, Heinrich; Stein, Holger (2001): Die Vermögensverteilung in West- und Ostdeutschland unter Berücksichtigung von Alters-, Kohorten- und Bildungseinflüssen. In: Becker, Irene; Ott, Notburga; Rolf-Engel, Gabriele (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. – Frankfurt a.M., New York, S. 563–582
- Schüssler, Reinhard; Lang, Oliver; Buslei, Hermann (2000): Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978–1993. – Basel
- Seewald, Hermann (2001): Umfang, Strukturen und Gründe von Sozialhilfebedürftigkeit. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2002): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. – Frankfurt a.M. 2003
- Wagner, Gert; Krause, Peter (2001): Einkommensverteilung und Einkommensmobilität. Forschungsbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn